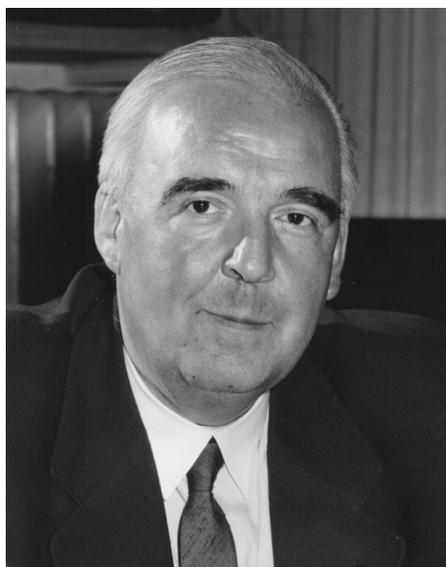


„Universität neuen Typs“

Jubiläen werfen bekanntlich ihre Schatten voraus, und 2015 wird die RUB ihr 50jähriges Bestehen feiern. Das Universitätsarchiv möchte schon jetzt in einer kleinen Serie zurückblicken und zwar jeweils genau 50 Jahre - heute also in den Sommer 1960.

„Seit geraumer Zeit ist es still geworden um den Plan, für Nordrhein-Westfalen im Revier eine Technische Hochschule zu schaffen.“ So beschrieben noch am 29. November 1960 die Ruhr-Nachrichten die Lage um die für die Region geplante Hochschule. Indes, sozusagen hinter den Kulissen, hatte sich durchaus einiges getan. Und dabei hatte man die landläufig erwartete „Technische Hochschule“ bereits hinter sich gelassen.

Es war der nordrhein-westfälische Kultusminister Werner Schütz, der die Debatte im Laufe des Jahres



Werner Schütz, Kultusminister in den CDU-Kabinetten 1954-56 und 1958-62

Duffhues und der Abteilung I/1 des Kultusministeriums zur Kenntnis. Obwohl „heiß bedrängt“ wollte er vor einer öffentlichen Diskussion die für den Spätherbst in Aussicht gestellten Empfehlungen des Wissenschaftsra-

tes abwarten. Der Unterstützung dieses 1957 ins Leben gerufenen Gremiums konnte sich Schütz jedoch sicher sein, denn in dem im Mai 1960 gebildeten Unterausschuss, der sich als so genannter „Gründungsausschuß“ eben mit Neugründungen von Hochschulen befasste, führte er den Vorsitz und kannte daher genauestens den (von ihm maßgeblich beeinflussten) Beratungsstand. Der Zwischenbericht überrascht mit einer Reihe recht präziser Festlegungen: Die neue Hochschule im Ruhrgebiet muss in einer Großstadt liegen (nicht „auf der grünen Wiese“), benötigt gleichwohl eine Fläche von 250 bis 400 Preußischen Morgen (das sind 63 - 100 ha) und nimmt minimal 6000, maximal 8000 Studenten auf. Wichtiger waren allerdings die Vorgaben hinsichtlich der Struktur: Die Tatsache, dass der Bedarf an Diplomingenieuren „anhaltend“ sei, rechtfertige keine weitere Technische Hochschule „mit sämtlichen Fakultäten“, wünschenswert sei aber eine technische Fakultät, die „eingebettet“ werden müsse „in die Ebene allgemein wissenschaftlicher Überlieferung.“ Für Schütz stand hier der gesellschaftspolitische Aspekt im Vordergrund: „Die geistliche und geistige Situation unserer Zeit macht die Behebung der organisatorischen Isolierung [der Technischen Hochschulen - Anm. d. Verf.] notwendig“. Das Wesentliche der „Universität neuen Typs“ – so hatte es Schütz bereits in einem internen Vermerk am 29. Juni formuliert – „dürfte darin liegen, dass sie im Ruhrgebiet ein Gegengewicht gegen die Überbetonung materialistischer und technischer Tendenzen bilden sollte.“

Fast hat es den Anschein, als ob die Überfüllung der bestehenden Universitäten in den Überlegungen Schütz' an die zweite Stelle rückt – dennoch: in Verbindung mit dem überall empfundenen „Mangel an auskömmlichen Ausbildungsmöglichkeiten“ kam der Kultusminister zu

tes abwarten. Der Unterstützung dieses 1957 ins Leben gerufenen Gremiums konnte sich Schütz jedoch sicher sein, denn in dem im Mai 1960 gebildeten Unterausschuss, der sich als so genannter „Gründungsausschuß“ eben mit Neugründungen von Hochschulen befasste, führte er den Vorsitz und kannte daher genauestens den (von ihm maßgeblich beeinflussten) Beratungsstand. Der Zwischenbericht überrascht mit einer Reihe recht präziser Festlegungen: Die neue Hochschule im Ruhrgebiet muss in einer Großstadt liegen (nicht „auf der grünen Wiese“), benötigt gleichwohl eine Fläche von 250 bis 400 Preußischen Morgen (das sind 63 - 100 ha) und nimmt minimal 6000, maximal 8000 Studenten auf. Wichtiger waren allerdings die Vorgaben hinsichtlich der Struktur: Die Tatsache, dass der Bedarf an Diplomingenieuren „anhaltend“ sei, rechtfertige keine weitere Technische Hochschule „mit sämtlichen Fakultäten“, wünschenswert sei aber eine technische Fakultät, die „eingebettet“ werden müsse „in die Ebene allgemein wissenschaftlicher Überlieferung.“ Für Schütz stand hier der gesellschaftspolitische Aspekt im Vordergrund: „Die geistliche und geistige Situation unserer Zeit macht die Behebung der organisatorischen Isolierung [der Technischen Hochschulen - Anm. d. Verf.] notwendig“. Das Wesentliche der „Universität neuen Typs“ – so hatte es Schütz bereits in einem internen Vermerk am 29. Juni formuliert – „dürfte darin liegen, dass sie im Ruhrgebiet ein Gegengewicht gegen die Überbetonung materialistischer und technischer Tendenzen bilden sollte.“

Fast hat es den Anschein, als ob die Überfüllung der bestehenden Universitäten in den Überlegungen Schütz' an die zweite Stelle rückt – dennoch: in Verbindung mit dem überall empfundenen „Mangel an auskömmlichen Ausbildungsmöglichkeiten“ kam der Kultusminister zu

der Folgerung, dass die neue „Hochschule den Charakter einer Universität bekommen und folgende Fakultäten umfassen sollte:

- a) eine Technische,
- b) eine Mathematisch-Naturwissenschaftliche,
- c) eine Philosophische,
- d) eine Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche,
- e) eine Medizinische, und möglicherweise
- f) eine Rechts- und Staatswissenschaftliche.“

Die Notwendigkeit dieser Fakultäten wurde in der Folge konkret, häufig in Bezug auf das Ruhrgebiet, begründet. So müsse, um nur ein Beispiel zu zitieren, „der künftige Diplomingenieur, der demnächst als Führungskraft ... eingesetzt wird, ... mit der Problematik

vertraut gemacht werden können, die aufgeworfen ist durch die Politik der sozialen Marktwirtschaft auf der einen Seite und die auf die Beseitigung der Klassengegensätzlichkeit gerichtete geistige Bemühung auf der anderen Seite.“

Die Vorschläge Schütz' wurden bekanntlich nicht 1:1 umgesetzt und sie mündeten auch nicht in ihrer Ausführlichkeit in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Auf die Verbindung zu dieser Einrichtung wurde aber auch in der folgenden Planung gesetzt: Nicht weniger als fünf (vormalige) Mitglieder wurden 1961 in den Gründungsausschuss für die Universität Bochum berufen.

Jörg Lorenz, Universitätsarchiv